

Erwartungen zu Inflation und Wirtschaftswachstum 2023.

Dr. Martin Mosler

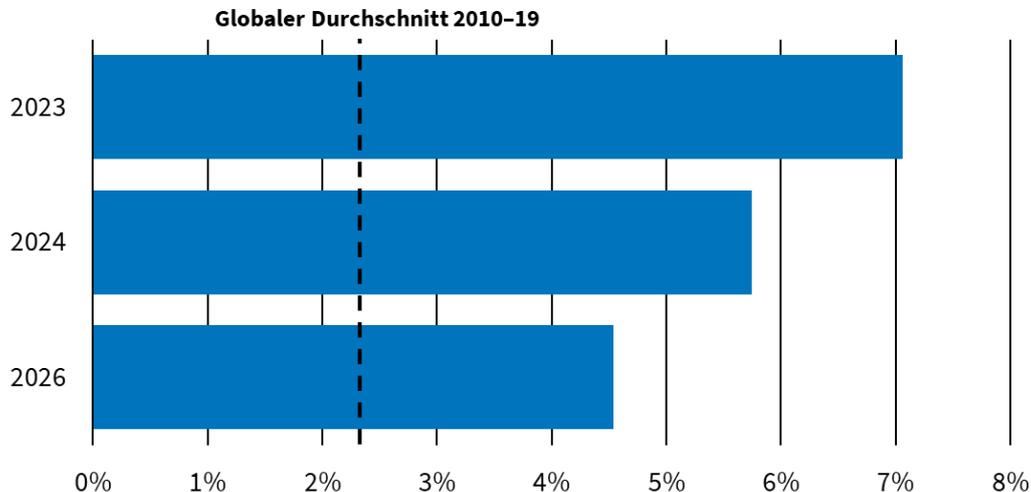
1 Global

Weltweit werden auch im Jahre 2023 hohe Inflationsraten erwartet. Dabei fallen die Inflationserwartungen gegenüber dem Quartal 4 von 2022 (9,5 Prozent) jedoch etwas ab. Die Erwartungen zum globalen Wirtschaftswachstum sind für das laufende Jahr mit 2.8 Prozent unterdurchschnittlich, ab 2024 wird jedoch mit 3.3 Prozent wieder ein Wachstum über dem Durchschnitt des letzten Jahrzehnts erwartet. Zu diesen Ergebnissen kommt die neueste Umfragewelle des Economic Experts Survey (EES), einer global durchgeführten Umfragerreihe des Instituts für Schweizer Wirtschaftspolitik (IWP) an der Universität Luzern und des ifo Instituts in München.

Wirtschaftsexperten aus aller Welt erwarten zwar einen Rückgang der Inflation verglichen mit dem letzten Jahr, sodass der Inflationshöhepunkt erreicht sein dürfte. Dies ist jedoch kein Signal zur generellen Entwarnung. Für das Jahr 2023 liegt die erwartete Inflationsrate im weltweiten Mittel nun bei 7.1 Prozent. Die Wirtschaftsexperten rechnen auch in den kommenden Jahren mit Inflationsraten, die deutlich über dem Durchschnitt des letzten Jahrzehnts liegen. Mit einer gemittelten globalen Inflationsrate von 5.7 Prozent 2024 und selbst mittelfristig noch 4.5 Prozent im Jahr 2026 wird weiterhin keine Preisstabilität erwartet.

Weltweite Inflationserwartungen

Erwartete Inflationsrate im weltweiten Durchschnitt für das Jahr...



Quelle: Economic Experts Survey 2022Q4.

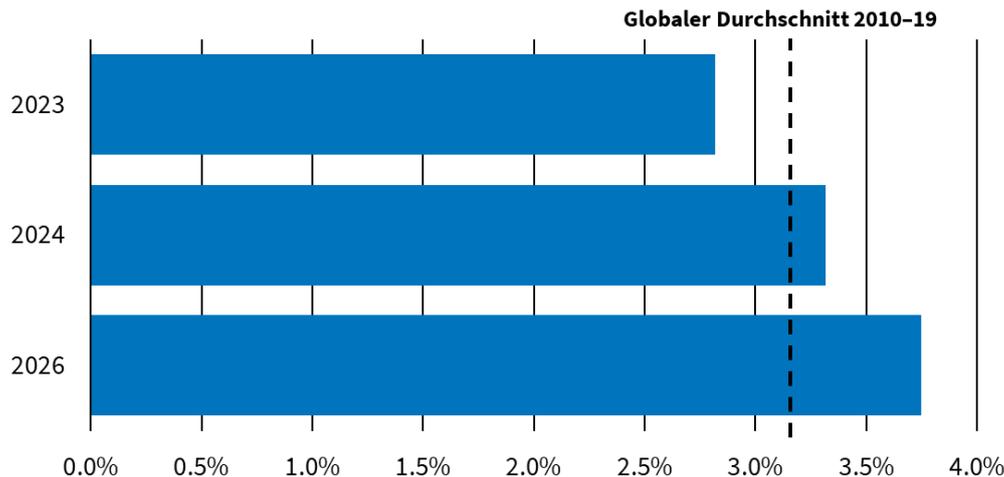
© ifo Institut / IWP

Die Inflationserwartungen können dabei die Inflation selbst beeinflussen. Wenn führende Wirtschaftsexperten von Preissteigerungen ausgehen und ihre Erwartungen kommunizieren, können andere Marktakteure diese Informationen aufnehmen und ihrerseits ihre Inflationserwartungen anpassen. Arbeitnehmer drängen dann auf Lohnsteigerungen und Firmen versuchen, in Erwartung steigender Kosten ihre Preise zu erhöhen. Es kann zu einem dynamischen Prozess kommen, bei dem immer höhere theoretische Inflationserwartungen immer höhere echte Preissteigerungen nach sich ziehen – die Erwartungen sind dann nicht mehr verankert. Auch wenn im Vergleich zur letzten Befragungswelle die Inflationserwartungen zurückgegangen sind, ist die Gefahr einer galoppierenden Inflation nicht vollständig gebannt.

Im laufenden Jahr ist nach Ansicht der befragten Experten weiterhin von einer schwächelnden Konjunktur auszugehen: Weltweit gemittelt soll demnach das Wirtschaftswachstum bei 2.8 Prozent liegen. Mittelfristig soll die globale Wirtschaftsleistung jedoch zu einer Aufholjagd starten. So wird für das kommende Jahr eine Wachstumsrate des globalen Bruttoinlandsprodukts von 3.3 Prozent, im Jahr 2026 gar von 3.8 Prozent erwartet. Sollten die Experten richtig liegen, wäre das globale Wirtschaftswachstum damit höher als im Durchschnitt der Jahre 2010 bis 2019.

Weltweite Erwartungen für Wirtschaftswachstum

Erwartete Wachstumsrate im weltweiten Durchschnitt für das Jahr...



Quelle: Economic Experts Survey 2022Q4.

© ifo Institut / IWP

2 Regional

Die weltweite Inflation wurde durch Druck sowohl auf der Nachfrage- wie auch der Angebotsseite in die Höhe getrieben (Kose et al. 2022, Di Giovanni et al. 2022, Shapiro 2022). Neben einer Belastung von globalen Lieferketten kommt nun auch der verzögerte Preisdruck durch die Fiskalimpulse im Zuge der Corona-Pandemie zum Tragen.

Im Zuge der Inflationsproblematik gab es in vielen Währungsräumen eine substantielle Straffung der Geldpolitik. Gerade die Erhöhung der kurzfristigen Zinsen durch die Zentralbanken erfolgte so schnell und synchron wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Der International Monetary Fund (IMF) (2022a) stellte jedoch fest, dass die Zinserhöhungen von der Inflation übertroffen wurden, sodass die Realzinsen trotzdem oft noch unter jenen von vor der Pandemie liegen.

Die geldpolitischen Reaktionen waren zwar notwendig im Sinne der Preisstabilität. Auf den globalen Finanz- und Kapitalmärkten besteht aber die Sorge darüber, ob es möglich sei, die Inflation einzudämmen und gleichzeitig das Wirtschaftswachstum aufrechtzuerhalten (Bank of Japan 2022). Neben der Korrektur von Vermögenswerten liegt ein besonderes Augenmerk auf der globalen Verschuldungssituation (Schuknecht 2022). Nach enormen fiskalischen Stützungsprogrammen in vielen Ländern während der Corona-Pandemie ist die Verschuldung

höher denn je, sodass Zinssteigerungen den fiskalischen Spielraum von Regierungen enger machen, besonders von Schwellen- und Entwicklungsländern (Nam 2022, Kose et al. 2022).

Inflationserwartung 2023



Quelle: Economic Experts Survey in Q4 2022.

© ifo Institut / IWP

Inflationserwartung 2024



Quelle: Economic Experts Survey in Q4 2022.

© ifo Institut / IWP

Inflationserwartung 2026



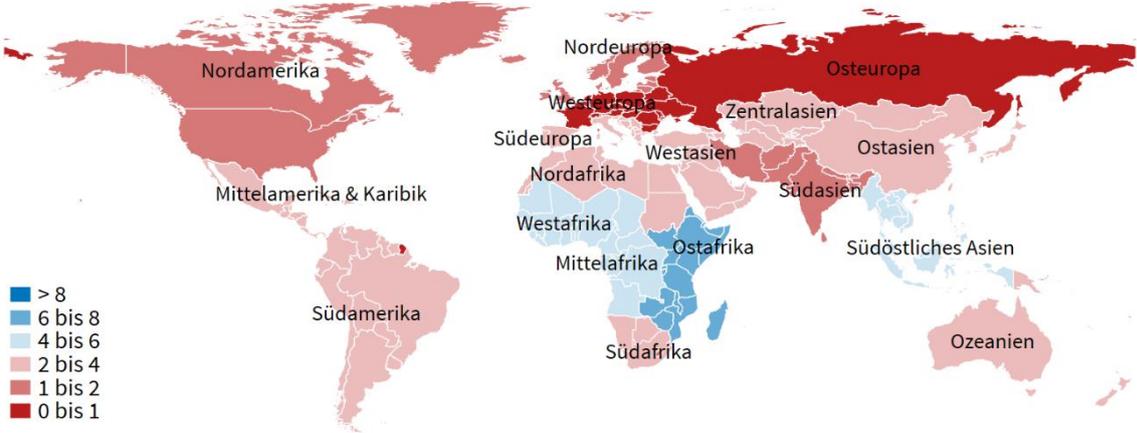
Quelle: Economic Experts Survey in Q4 2022.

© ifo Institut / IWP

Die globale wirtschaftliche Entwicklung verschlechtert sich zunehmend. Einige Beobachter wie Schulz (2022) oder die Weltbank (2023) sehen das Risiko einer globalen Rezession als erhöht an und geben tendenziell pessimistische Erwartungen ab, was sich mit den Ergebnissen der aktuellen EES-Umfragewelle deckt. Die EES-Erwartungen fallen insgesamt schlechter aus als jene des IMF (2022a), wobei dieser bereits eine Anpassung gegenüber dem vorhergehenden Bericht vornahm und die Risiken für weitere Korrekturen betonte. Die Risiken für die globale Volkswirtschaft werden primär in einer weiteren monetären Kontraktion, dem Ukrainekrieg und Engpässen der Lieferketten gesehen. Hitzewellen und Dürreperioden in Europa und Asien haben zudem einen Einfluss auf die Preise von Lebensmitteln (Wollmershäuser et al. 2022), was sich ebenfalls auf die konjunkturellen Erwartungen auswirkt.

Im Zuge der abnehmenden Dynamik in den grossen Wirtschaftsräumen von Europa über die USA bis China hat auch das Wachstum des Welthandels abgenommen: Die geschätzten Wachstumsraten betragen 4 Prozent im letzten Jahr und 1.6 Prozent für das laufende Jahr 2023 (Weltbank 2023). Spannungen der Wertschöpfungsketten haben zwar deutlich nachgelassen, sind aber immer noch grösser als vor der Pandemie. Weiter ungelöst bleiben auch die geopolitischen Unsicherheiten im Zuge des russischen Angriffskriegs, die das Investitionsklima weltweit belasten.

Wirtschaftswachstumerwartung 2023 (in %)



Quelle: Economic Experts Survey in Q4 2022.

© ifo Institut / IWP

Wirtschaftswachstumerwartung 2024 (in %)



Quelle: Economic Experts Survey in Q4 2022.

© ifo Institut / IWP

Wirtschaftswachstumerwartung 2026 (in %)



Quelle: Economic Experts Survey in Q4 2022.

© ifo Institut / IWP

3 Schweiz

Für die Schweiz ist bei den Inflationserwartungen, verglichen mit der Befragung im letzten Quartal, eine deutliche Entspannung sichtbar. So wird für das laufende Jahr nur noch eine leicht erhöhte Inflationsrate von 2.8 Prozent erwartet. Gemäss der Experten sollen die Preissteigerungen im Jahr 2024 nur noch 2.1 Prozent betragen, was dem Ziel der Preisstabilität der SNB nahe kommt. Mittelfristig wird für 2026 eine Inflationsrate von 1.6 Prozent erwartet.

Eine Verstetigung von hohen Preissteigerungen kann nach Ansicht der Experten somit abgewendet werden. Diese Erwartung geht teils auf die engagierte Straffung der Geldpolitik durch die Schweizerische Nationalbank (2022) zurück. So wurde an der geldpolitischen Lagebeurteilung im September 2022 beschlossen, den Leitzins um 0.75 Prozentpunkte zu erhöhen. Abberger et al. (2022) erwarten für das laufende Jahr eine ebenfalls restriktive Geldpolitik mit weiteren Anhebungen des Leitzinses, um die zuletzt dynamischen Inflationserwartungen wieder zu verankern. Eine Aufwertung des Frankens erscheint dennoch unwahrscheinlich, da die Zinsdifferenz zum Ausland angesichts der deutlich stärkeren geldpolitischen Interventionen in anderen Währungsräumen, beispielsweise durch die Europäische Zentralbank, mindestens stabil bleiben dürfte.

Der Einfluss von Energiepreisen auf die relativen Preissteigerungen bleibt bestehen. So wirkten Anpassungen der rigiden Stromtarife für Schweizer Endkunden zum Jahresanfang preissteigernd. Gleichzeitig ist die Energieversorgungslage deutlich entspannter als noch im Vorquartal angenommen, sowohl im europäischen Ausland mit gut gefüllten Gasspeichern wie in der Schweiz mit ausreichenden Pegelständen bei Stauseen. Zudem ist der Anteil energieintensiver Firmen in der Schweiz geringer als in den Nachbarländern. Der Anstieg der Weltmarktpreise für Lebensmittel wird zudem durch eine Reduktion der Zölle gedämpft, die von der Differenz zwischen den weltweiten und heimischen Preisen abhängt.

Die wirtschaftliche Entwicklung der Schweiz wird von den Experten als eher gedämpft eingestuft. Für 2023 wird eine Wachstumsrate von 0.9 Prozent prognostiziert, in den Folgejahren

2024 und 2026 soll das Wirtschaftswachstum dann bei je 1.6 Prozent liegen. Die Erwartungen der Experten zur Wirtschaftsaktivität decken sich damit in etwa mit den Prognosen des Staatssekretariats für Wirtschaft (2022) sowie von Abberger et al. (2022).

Die gewünschte Inflationswirkung der geldpolitischen Straffung geht mit negativen Konsequenzen für die wirtschaftliche Aktivität einher. Steigende Zinsen und ein insgesamt schlechteres Finanzierungsumfeld dämpfen sowohl die private Nachfrage wie den Investitionsappetit der Unternehmen. Zudem laufen die staatlichen Ausgabenpakete im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie aus, was den Staatskonsum deutlich reduziert. Zuletzt wirken sich auch Bedenken bezüglich einer schwächeren Exportnachfrage aus dem Ausland auf die Erwartungen der Experten aus. Inflationsstress und eine mögliche Konjunkturabschwächung bei engen Handelspartnern der Schweiz könnten wegen einer geringeren Auslastung der Produktionskapazitäten ebenfalls die Investitionstätigkeiten der heimischen Unternehmen dämpfen.

4 Europa

In Europa ist insgesamt ein deutlicher Rückgang der Inflationserwartungen zu beobachten, wenngleich das Ziel der Preisstabilität weiterhin nicht erreicht wird. In Westeuropa werden die Inflationsraten für die Jahre 2023, 2024 und 2026 auf 5.4 Prozent, 3.7 Prozent und 2.6 Prozent noch am geringsten geschätzt. In Nordeuropa erreichen die Werte kurzfristig 8.2 Prozent im laufenden Jahr bzw. 5.3 Prozent im nächsten Jahr, wobei sie sich im Jahr 2026 auf 3.5 Prozent abschwächen. Die Experten in Südeuropa schätzen die Inflationsraten um etwa einen Prozentpunkt höher ein. Spitzenreiter ist das östliche Europa, das unter den Auswirkungen des russischen Angriffskriegs leidet. Kurzfristig sind die Inflationserwartungen gar zweistellig mit 15.2 Prozent (2023) und 11.2 Prozent (2024), doch auch in der mittleren Frist werden Preissteigerungen von 7.6 Prozent erwartet.

Die Europäische Zentralbank (EZB) wendet sich neuerdings einer deutlich restriktiven Geldpolitik zu. Die EZB (2023) hat ihren Zins auf das Hauptrefinanzierungsgeschäft im Jahr 2022 von 0.0 Prozent auf 2.5 Prozent erhöht, jenen auf Einlagefazilitäten von -0.5 auf 2.0 sowie den Zinssatz auf Spitzenrefinanzierungsfazilitäten von 0.25 Prozent auf 2.75 Prozent angepasst. Während der EZB-Pressekonferenz vom Dezember 2022 wurde zudem angekündigt, dass die Zentralbank ab März 2023 beginnen wird, ihre Bilanz zu verkleinern. Zusätzlich wurde dementsprechend betont, dass weitere Zinsschritte in den kommenden Monaten zu erwarten seien.

Gemäss Di Giovanni et al. (2022) kann ein durch die Geldpolitik induzierter Rückgang der Gesamtnachfrage jedoch nur teilweise dazu beitragen, die Inflation zu dämpfen. Der Aufwärtsdruck des Preiswachstums wird bestehen bleiben, solange die globalen Angebotsengpässe fortbestehen. Auch die Weltbank (2023) erwartet aufgrund der Anstiege der Kerninflation Ende 2022, dass die Inflationsraten die Zielwerte der Zentralbanken eher nicht erreichen werden.

Die Energiepreise bewegen sich mittlerweile wieder auf ihre Vorkriegswerte zu, gerade bei Strom und Gas sind die Preise gegenüber den Höchstwerten vom Herbst letzten Jahres deutlich zurückgegangen. Wollmershäuser et al. (2022) weisen darauf hin, dass die hohen Lagerbestände auch deshalb überraschen, weil russische Gaslieferungen in die Europäische Union aufgrund der Nichtverwendbarkeit der Nord-Stream-Pipelines deutlich sanken. Die Weltbank

(2023) hält weitere Anstiege der Energiepreise im Jahr 2023 abhängig vom weiteren Verlauf des Krieges und der Handlungen von Russland jedoch für möglich.

Die Aussichten beim Wirtschaftswachstum sind in ganz Europa eher trübe. Für Westeuropa wird im laufenden Jahr nur ein minimaler Zuwachs der Wirtschaftsleistung um 0.8 Prozent erwartet, im kommenden Jahr bei 1.8 Prozent liegen soll und bis 2026 auf 2 Prozent ansteigt. Nordeuropa weist mit Werten von 1.2 Prozent (2022) bis 2.8 Prozent (2026) ebenfalls gedämpfte Wachstumsaussichten aus. Die südeuropäischen Experten sind am optimistischsten mit erwarteten Wachstumsraten von 3.1 Prozent im laufenden und kommenden Jahr bzw. 3.5 Prozent im Jahr 2026. Für Osteuropa erwarten die Experten eine Stagnation im laufenden Jahr, jedoch ein deutliches Anziehen des Wirtschaftswachstums auf 3.1 Prozent im Jahr 2023 und 4.3 Prozent bis 2026 – wohl verbunden mit der Hoffnung auf ein baldiges Kriegsende.

In Europa wurden staatliche Leistungen im Zuge der Corona-Pandemie durch fiskalische Stützungsmaßnahmen zur Dämpfung der Energie- und Lebensmittelpreise mittels direkter Subventionierungen von Produkten oder Unternehmen sowie Transfers an Haushalte abgelöst. Wollmershäuser et al. (2022) erwähnen in diesem Zusammenhang, dass diese Fiskalimpulse der Geldpolitik der EZB, welche implizit eine Nachfrageverringering anstrebt, entgegenstehen. Zudem hält der Rückgang der Vertrauensindikatoren für den Dienstleistungsbereich und die Industrie als konjunkturelles Mass weiter an.

Die Weltbank (2023) erwartet für Europa ein vergleichsweise geringes Wirtschaftswachstum, da diese Volkswirtschaften mit erheblichen Spillover-Effekten aufgrund von Unterbrechungen der Energieversorgung und angespannten Finanzierungsbedingungen konfrontiert sind. Es wird erwartet, dass die hohen Energiekosten und die hohe Inflation die Ausgaben der Haushalte dämpfen und die Produktionskosten erhöhen werden. Wirtschaftspolitische Reformen werden laut Weltbank (2023) u.a. entscheidend dafür sein, dass das Wachstumspotenzial der Region in den verbleibenden Jahren des Jahrzehnts angekurbelt wird.

5 Nord- und Südamerika

Für Nordamerika werden weiterhin hohe Inflationswerte erwartet. Im Mittel schätzen die Experten die Preissteigerungen für 2023 auf 5.2 Prozent, erst im Jahr 2023 sollen sie auf 3.7 Prozent bzw. weiter auf 2.8 Prozent im Jahr 2026 fallen. Deutlich dramatischer wird die Lage in Südamerika eingeschätzt. Die Experten auf dem Kontinent gehen im laufenden Jahr von einer gemittelten Inflationsrate von 24.3 Prozent aus. Die Werte sollen demnach auch in den Folgejahren zweistellig bleiben: Für 2023 wird eine Inflationsrate von 21.6 Prozent angegeben, die bis 2026 nur leicht auf 17.6 Prozent sinkt.

Die FED hat den Leitzins seit Anfang 2022 um 3 Prozentpunkte angehoben und mitgeteilt, dass weitere Erhöhungen wahrscheinlich seien. Generell ist die amerikanische Zentralbank damit geldpolitisch aggressiver als ihr Pendant in der Eurozone. Dennoch prognostizieren Ball et al. (2022), dass die Inflationsrate deutlich über dem Zielwert der FED bleibt, solange die Arbeitslosigkeit nicht stärker als erwartet, d.h. auf über 4.4 Prozent, steigt. Gemäss Shapiro (2022) erklären Angebotsfaktoren etwa die Hälfte und Nachfragefaktoren etwa ein Drittel des derzeitigen Anstiegs des Inflationsniveaus. Die relative Bedeutung der negativen Angebotschocks ist in den USA dabei geringer als beispielsweise im Euroraum (Di Giovanni et al. 2022).

Mit einem erwarteten BIP-Zuwachs von 1.6 Prozent für 2023 sind die wirtschaftlichen Aussichten für Nordamerika nur mittelmässig. Erst in den Folgejahren soll die Dynamik mit 2.1 Prozent im Jahr 2023 bzw. 2.4 Prozent für 2026 leicht zunehmen. Auch Südamerika wird gemäss der Experten keine starken Wachstumsimpulse verspüren. Das erwartete Wirtschaftswachstum liegt bei 3 Prozent im laufenden Jahr und 1.9 Prozent im Folgejahr, bevor es mittelfristig auf 3.4 Prozent bis 2026 anwachsen soll.

Gemäss dem Internationalen Währungsfonds beeinträchtigen das rückläufige Realeinkommen und höhere Zinssätze die Verbrauchernachfrage, weshalb die Wachstumsprognosen nach unten korrigiert werden mussten (IMF 2022a). Auch ist im Immobiliensektor ein deutlicher Rückgang der Investitionen sichtbar, was ein Anzeichen für eine Abkühlung darstellt. Die Weltbank (2023) erwartet gar Rezessionstendenzen in den USA, was massgeblich auf die aggressive Geldpolitik der FED zurückgeführt wird.

Die US-Regierung hat als Reaktion auf die letztjährigen Entwicklungen den sogenannten Inflation Reduction Act verabschiedet, der im Kern jedoch vor allem konjunktur- und industriepolitische Eigenschaften aufweist. Im Gesetz ist beispielsweise eine Subvention enthalten, die speziell auf inländische Stromerzeugung und den Kauf von amerikanischen E-Autos abzielt. An diesem Punkt stören sich u.a. die Europäische Union, aber auch Länder wie Südkorea, da hierdurch eine Diskriminierung der ausländischen Autoproduktion befürchtet wird.

6 Asien

Im östlichen und südöstlichen Asien erwarten die Experten nur moderate Preissteigerungen in der kurzen und mittleren Frist. Im laufenden Jahr sollen sie 6 Prozent bzw. 5.3 Prozent betragen, bevor sie im kommenden Jahr 5.5 Prozent bzw. 4.7 Prozent fallen. Mittelfristig werden Inflationsraten von 4.1 Prozent in beiden Weltregionen erwartet.

In den übrigen Regionen auf dem asiatischen Kontinent sind die Inflationserwartungen jedoch durchgängig zweistellig. Im laufenden Jahr erwarten die Experten Werte von 14.1 Prozent in Zentralasien bis deutlich über 20 Prozent im westlichen und südlichen Asien. Der Rückgang fällt auch mittelfristig nur schwach aus: Während die Inflationserwartungen in Zentralasien mit 9.2 Prozent noch einstellig sind, liegen sie bei Süd- und Westasien bei 17.5 Prozent bzw. 11.3 Prozent.

Die kurzfristige Zinsrate der Bank of Japan (2022) liegt bei -0.1 Prozent. Wenngleich sich in diesem Bereich kurzfristig noch keine gravierende Kursänderung abzeichnet, so hat die Bank of Japan die Schwankungsbreite ihrer langfristigen Zinspolitik ausgeweitet. Das Ziel wurde bei 0 Prozent belassen, aber gleichzeitig ein Anstieg der Renditen 10-jähriger Anleihen auf bis zu 0.5 Prozent zugelassen. Da die bisherige Spanne am oberen Ende auf 0.25 Prozent begrenzt war, handelt es sich effektiv um eine Anhebung der Zinssätze.

Die (offizielle) Inflation in China war bisher vergleichsweise tief. Die People's Bank of China wird angesichts der Belastungen durch die Corona-Pandemie die Unterstützung für Angebot und Nachfrage im Inland jedoch verstärken, was sich eventuell negativ auf die Inflationssituation auswirken könnte. So wurde in ihrem Medienstatement zur «2023 Work Conference» der People's Bank of China das Thema Inflation nicht angesprochen, lediglich werden stabile Preise als Ziel für 2023 ausgerufen. Der Fokus scheint jedoch auf der wirtschaftlichen Entwicklung zu liegen. So soll das Vertrauen der Märkte gestärkt werden, um Wachstum,

Beschäftigung und Preisstabilität zu sichern, die chinesische Wirtschaftsleistung zu stärken und finanziellen Risiken vorzubeugen.

In Südasien sind die wirtschaftlichen Aussichten mit einem erwarteten Wachstum von 1.7 Prozent im laufenden Jahr eher gering, bis 2026 werden jedoch wieder Wachstumsraten von 4.7 Prozent erwartet. Die ostasiatischen Experten gehen von einem Wirtschaftswachstum um die 3 Prozent für das laufende und das kommende Jahr aus, welches leicht auf 3.5 Prozent bis 2026 ansteigen soll. In Zentral- und Westasien liegen die Werte bei etwa 3.5 Prozent für 2023, 4.1 Prozent im kommenden Jahr und um die 4.2 Prozent bis 2026. Das stärkste Wachstum wird im Südosten des Kontinents erwartet: Mit 4.7 Prozent im Jahr 2023, 5.2 im kommenden Jahr und mittelfristig 5.6 Prozent ist die Region Spitzenreiter.

Die Möglichkeit erneuter pandemiebedingter Störungen von Lieferketten und eine stärkere Verschärfung der globalen Finanzbedingungen belasten laut der Weltbank (2023) die wirtschaftlichen Aussichten des Kontinents. Hinzu kommt, dass mit zusätzlicher Dauer des Ukraine-Krieges auch die asiatische Exportwirtschaft leiden könnte. Das sich verschlechternde globale Umfeld könnte sich somit zunehmend negativ auf die Investitionen in der Region auswirken. Südasien wird dabei als Lichtblick gesehen, das noch robustes Wachstum in Indien, auf den Malediven und in Nepal aufweist, welches die Auswirkungen der Überschwemmungen in Pakistan und der wirtschaftlichen und politischen Krisen in Afghanistan und Sri Lanka ausgleicht.

Der IMF (2022b) sieht die Auswirkungen der Pandemie eher abflauen, während sich die Region jedoch mit neuem Gegenwind durch die globale Finanzverknappung und eine erwartete Verlangsamung der Auslandsnachfrage konfrontiert. Die durch die Pandemie steigende Staatsverschuldung der Region erfordert fortgesetzte Haushaltskonsolidierungen. Gleichzeitig sind Strukturreformen notwendig, um die durch die Pandemie zu erwartenden Schäden abzumildern, insbesondere um den Schulausfall auszugleichen, die sektorale Diversifizierung zu unterstützen und die Chancen der Digitalisierung zu nutzen.

Für China wurde die Stützung der wirtschaftlichen Aktivität durch eine gezielte und energische Geldpolitik der Zentralbank bereits angesprochen. Gemäss des IMF (2022a) könnte eine Verschärfung der Krise im chinesischen Immobiliensektor jedoch auf den inländischen Bankensektor übergreifen und das Wachstum des Landes stark belasten, was sich auch grenzüberschreitend negativ auswirken würde. Zudem behindert die geopolitische Fragmentierung den Handel und die Kapitalströme des exportorientierten Landes.

7 Afrika

Das östliche und nördliche Afrika weisen die höchsten Inflationserwartungen aller Weltregionen aus. Für das laufende Jahr gehen die Experten im Mittel von Preissteigerungen über 34.7 Prozent bzw. 32.3. Prozent aus. Im kommenden Jahr sollen selbige mit 21.6 Prozent bzw. 24.4. Prozent weiter auf hohem Niveau verharren. Auch mittelfristig bis 2026 ist mit Werten von 16.4 Prozent bis 18.7 Prozent keine Entspannung erkennbar. Westafrika steht mit Inflationserwartungen von 13.5 Prozent für 2023, 11.2 Prozent für das kommende Jahr und 9.4 Prozent bis 2026 etwas besser dar. Einzig im südlichen Afrika fallen die Preissteigerungen mit 6.6 Prozent in 2023 bis 5.5 Prozent im Jahr 2026 halbwegs moderat aus.

Aufgrund des hohen Anteils von Lebensmitteln an den Verbraucherausgaben ist die Inflation in der Weltregion zuletzt besonders schnell gestiegen. Bei 123 Millionen Menschen, die alleine in Sub-Sahara-Afrika akut von Ernährungsunsicherheit betroffen sind, bedeuten steigende Lebensmittel- und Energiepreise eine unmittelbare Bedrohung der Lebensumstände (IMF 2022c).

Wegen der gestiegenen Inflation und der weltweit steigenden Zinssätze haben einige Zentralbanken in der Region begonnen, ihre Geldpolitik zu straffen. Vor dem Hintergrund der Haushaltskonsolidierung und des fragilen Aufschwungs befinden sich die Währungshüter jedoch in einem schwierigen Fahrwasser. Gemäss dem IMF (2022c) nähert sich die regionale Verschuldung einem Niveau, das zuletzt Anfang der 2000er Jahre erreicht wurde. Herausforderungen der Auslandsverschuldung in den Schwellenländern konnten durch den bisherigen Zugang zu den internationalen Finanzmärkten gemildert werden (Kose et al. 2022). Vor dem Hintergrund steigender globaler Zinssätze wird der Zugang zu Finanzmitteln wohl zunehmend schwieriger werden.

Die höchsten Zuwachsraten bei der wirtschaftlichen Aktivität werden in Ostafrika mit 8 Prozent im Jahr 2023, 9.5 Prozent in 2024 und 10.6 Prozent bis 2026 erwartet. Westafrika weist mit Werten zwischen 5.2 Prozent im laufenden Jahr und 6.5 Prozent bis 2026 eine geringere erwartete Wirtschaftsentwicklung aus. Noch pessimistischer sind die Experten in Nord- und im südlichen Afrika mit 3.2 Prozent bzw. 2.3 Prozent für das aktuelle Jahr, 3.5 Prozent bzw. 2.7 Prozent im nächsten Jahr und 4.1 Prozent bzw. 3.5 Prozent für 2026.

Ursächlich für eine schwächere Wirtschaftsentwicklung in der Region sind gemäss Weltbank (2023) eine schwächere Auslandsnachfrage durch die hohe Inflation und schwierigere Finanzierungsbedingungen. Der Handel jener Wirtschaftsnationen, welche traditionell stark mit entwickelten Ländern verknüpft sind, ist zudem weiter unter Druck. Der hohe Investitionsbedarf in vielen Schwellenländern könnte daher neue konzessionäre Finanzierungen durch die internationale Staatengemeinschaft erfordern. Auch der IMF (2022c) sieht eine drastische Verlangsamung des Wirtschaftswachstums, was u.a. auf die weltweite Konjunkturabschwächung, die Verschärfung der globalen Finanzbedingungen und einen Anstieg der globalen Inflation, zurückzuführen ist.

8 Fazit

Die globalen Inflationserwartungen scheinen ihren Höhepunkt erreicht zu haben, verharren jedoch in Industrie- und Entwicklungsländern sowohl kurz- wie mittelfristig weiter auf einem hohen Niveau. Die wirtschaftliche Aktivität scheint weltweit Fahrt aufzunehmen, jedoch besteht aufgrund von (wirtschafts-)politischen Risiken eine Unsicherheit bezüglich der weiteren Entwicklung des Wirtschaftswachstums.

9 Hintergrund: Sonderumfrage des EES

Der Economic Experts Survey (EES) ist eine vierteljährliche Umfragereihe unter internationalen Wirtschaftsexperten, die gemeinsam vom Institut für Schweizer Wirtschaftspolitik (IWP) an der Universität Luzern und dem ifo Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität

München durchgeführt wird. Der EES misst auf globaler Ebene die Qualität von Wirtschaftspolitik und politischen Rahmenbedingungen anhand von Expertenaussagen. Der EES liefert durch die Einschätzungen der Teilnehmer zunächst qualitative Informationen, die für die folgende Interpretation der Ergebnisse aufbereitet werden. Die Ergebnisse des EES sind zeitnah verfügbar und international vergleichbar.

Die vierte Umfragerunde des EES lief vom 7. Dezember 2022 bis zum 21. Dezember 2022. Es nahmen 1'537 Wirtschaftsexperten aus 133 Ländern teil.

Im Rahmen der vierten Welle wurden Sonderfragen zur Inflation und zum Wirtschaftswachstum gestellt. Die Umfrageteilnehmer wurden gebeten, ihre Erwartungen zur durchschnittlichen Preissteigerung und zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts in ihrem Land für die Jahre 2023, 2024 und 2026 anzugeben. Aus den Antworten der Experten auf die einzelnen Fragen bilden wir zunächst das arithmetische Mittel für jedes Land und anschliessend das arithmetische Mittel für jede Weltregion. Für das weltweite Mittel verwenden wir den Median der durchschnittlich erwarteten Inflations- und Wachstumsraten auf Länderebene. Der Median wird verwendet, weil die Erwartungen regional stark heterogen sind, und in individuellen Ländern bzw. Regionen drastisch höher sind als im Rest der Welt.

Wir verwenden 18 Weltregionen auf fünf Kontinenten, aufbauend auf der Definition der geografischen Regionen der Vereinten Nationen. Aufgrund von Datenbeschränkungen definieren wir alle Subregionen innerhalb Ozeaniens als eine Region und fassen die Regionen Zentralamerika und Karibik zu einer gemeinsamen Region zusammen.

Wir rekrutieren die Wirtschaftsexperten für die Umfrage aus zwei Gruppen. Die erste Gruppe sind renommierte Wirtschaftsexperten, die an Forschungsinstituten, Zentralbanken, multinationalen Unternehmen, Botschaften und internationalen Organisationen arbeiten. Die Experten aus dieser Gruppe sind handverlesen und haben Verbindungen zum international renommierten CESifo-Netzwerk. Die zweite Gruppe besteht aus führenden Akademikern und Forschern im Bereich der Wirtschaftswissenschaften gemäss internationalen Wissenschaftsrankings. Teilnehmer aus beiden Gruppen prägen oftmals die öffentlichen Wirtschaftsdebatten in ihrem Land. Die Experten beantworten die Fragen online und können dabei das Land auswählen, für das sie ihre Expertise zur Verfügung stellen möchten. Die Wirtschaftsexperten nehmen freiwillig an der Umfrage teil und erhalten für die Teilnahme keine Vergütung.

Die Auswertung der Ergebnisse wird zwischen den Forschungsteams der beiden beteiligten Institute koordiniert. Die mögliche Interpretation der Ergebnisse wird ebenso von den Forschungsteams besprochen, die finale Auswertung und Publikation erfolgt jedoch individuell. Die hier dargestellte Interpretation der Ergebnisse entspricht der Einschätzung des Instituts für Schweizer Wirtschaftspolitik.

Quellen

- Abberger, K., Abrahamsen, Y., Anderes, M., Daniele, M., Domjahn, T., Graff, M., ... & Sturm, J. E. (2022). Konjunkturanalyse: Prognose 2023/2024. Energiekrise belastet die Schweizer Wirtschaft weiterhin. *KOF Analysen*, 2022(4), 1-26.
- Ball, L. M., Leigh, D., & Mishra, P. (2022). Understanding US Inflation During the COVID Era (No. w30613). National Bureau of Economic Research.
- Bank of Japan (2022). Outlook for Economic Activity and Prices, October 2022.
- Di Giovanni, J., Kalemli-Özcan, Ş., Silva, A., & Yildirim, M. A. (2022). Global supply chain pressures, international trade, and inflation (No. w30240). National Bureau of Economic Research.
- Internationaler Währungsfonds (2022a). Regional Economic Outlook Asia and Pacific: Sailing into Headwinds, October 2022.
- Internationaler Währungsfonds (2022b). Regional Economic Outlook Sub-Saharan Africa: Living on the Edge, October 2022.
- Internationaler Währungsfonds (2022c). Regional Economic Outlook: Countering the Cost-of-Living Crisis, October 2022.
- Kose, M. A., Ohnsorge, F. L., Reinhart, C. M., & Rogoff, K. S. (2022). The aftermath of debt surges. *Annual Review of Economics*, 14, 637-663.
- Nam, C. W. (2022). World economic outlook for 2022 and 2023. In *CESifo Forum* (Vol. 23, No. 03, pp. 50-51). München: ifo Institut-Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München.
- Schuknecht, L. (2022). *Debt Sustainability: A Global Perspective*. Cambridge University Press.
- Schulz, C. (2022). 1. Global economic outlook: heading for a fall?. *IFS Green Budget*, 11.
- Schweizerische Nationalbank (2022). Quartalsheft 4/2022 Dezember.
- Shapiro, A. H. (2022). How Much do Supply and Demand Drive Inflation?. *FRBSF Economic Letter*, 15.
- Staatssekretariat für Wirtschaft (2022). *Konjunkturtendenzen*, Winter 2022/2023.
- Weltbank (2023). *Global Economic Prospects*, January 2023.
- Wollmershäuser, T., Ederer, S., Fourné, F., Glocker, C., Lay, M., Lehmann, R., & Zarges, L. (2022). ifo Konjunkturprognose Winter 2022: Inflation und Rezession. *ifo Schnelldienst*, 75, 3-52.